

**Anfrage zur schriftlichen Beantwortung E-005531/2017
an die Kommission**

Artikel 130 der Geschäftsordnung

Ely Schlein (S&D), Ana Gomes (S&D), Eleonora Forenza (GUE/NGL), Cornelia Ernst (GUE/NGL), Judith Sargentini (Verts/ALE), Marie-Christine Vergiat (GUE/NGL), Sergio Gaetano Cofferati (S&D), Barbara Spinelli (GUE/NGL), Ska Keller (Verts/ALE), Juan Fernando López Aguilar (S&D), Ernest Urtasun (Verts/ALE), Cécile Kashetu Kyenge (S&D), Kathleen Van Brempt (S&D), Dietmar Köster (S&D), Ulrike Lunacek (Verts/ALE), Eva Joly (Verts/ALE), Birgit Sippel (S&D), Tanja Fajon (S&D), Julie Ward (S&D), Massimo Paolucci (S&D) und Flavio Zanonato (S&D)

Betrifft: Mutmaßlicher Deal mit libyschen Milizen zur Bewältigung des Zustroms von Migranten

Nach einem Bericht der Associated Press haben libysche Sicherheitsbeamte und Mitglieder von Milizen erklärt, die libysche Regierung in Tripolis habe Milizen, die auch an Menschenhandel beteiligt seien, im Austausch für Ausrüstung, Boote und Gehälter im Rahmen eines von der italienischen Regierung unterstützten Deals bezahlt, um den Zustrom von Migranten einzudämmen. Der Sachverständigengruppe der Vereinten Nationen zu Libyen zufolge gehört eine dieser Milizen zu den wichtigsten Akteuren auf dem Gebiet des Menschenhandels.

Laut Quellen der Associated Press ist dies einer der Hauptgründe für die Abnahme der Zahl der Flüchtlinge aus Libyen in den vergangenen zwei Monaten. Die Europäische Union hat die libysche Regierung in erheblichem Maße unterstützt, unter anderem im Rahmen des Nothilfe-Treuhandfonds für Afrika, sowie mit einem Projekt, bei dem es um Mittel in Höhe von 46 Mio. EUR geht und mit dem die libysche Küstenwache geschult werden soll, die libyschen Grenzen verstärkt und die Bedingungen für Migranten in Aufnahmelagern verbessert werden sollen.

Hat die Kommission Kenntnis von diesem Deal mit den lokalen Milizen? Welche Maßnahmen beabsichtigt die Kommission zu ergreifen, um zu gewährleisten, dass EU-Mittel nicht in die Hände von Milizen und Menschenhändlern gelangen? Würde die Kommission eine Aussetzung der Finanzierung in Erwägung ziehen, falls sich diese Vorwürfe bestätigen?